

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

„Scheitert der Euro (...), scheitert Europa“ sagte Bundeskanzlerin Merkel im Mai letzten Jahres bei der Verleihung des Karlspreises an den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk.¹ Damals mag die Aussage den Zuhörern vielleicht etwas dramatisch erschienen sein, zumal nach der Verabschiedung des Rettungspakets der EU und des Internationalen Währungsfonds für Griechenland die größte Gefahr für den Euro zumindest vorerst gebannt schien. Doch es spricht einiges dafür, dass sie nicht übertrieben ist.

Vor einem Jahr, im „Jahrbuch der Europäischen Integration 2010“, wurde an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass ein Hindernis für die Weiterentwicklung der Europäischen Integration darin liege, dass die deutschen Massenmedien Europa nur sehr wenig Aufmerksamkeit schenkten.² Das hat sich inzwischen gründlich geändert, doch nun konzentriert sich die Berichterstattung fast gänzlich auf das Thema der Euro-Krise. Bereits im Frühjahr vergangenen Jahres war erkennbar, dass die fortwährende öffentliche Diskussion um die Euro-Stabilität dauerhafte Spuren im Europabild der Bevölkerung hinterlassen würde.³ In der Zwischenzeit haben sich die Hinweise darauf verstärkt. Dabei fällt auf, dass nicht allein und noch nicht einmal vorrangig das Vertrauen in die ökonomische Stabilität Europas abgenommen hat, sondern dass vor allem das langfristige Ziel der politischen Einigung Europas Schaden zu nehmen droht.

Ratlosigkeit angesichts der Euro-Krise

Die Deutschen haben den Euro von Anfang an mit großer Skepsis betrachtet. Sieht man einmal von einer kurzen Phase Anfang 2002 unmittelbar nach der Einführung des Euro-Bargeldes ab („Bargeld lacht“ schrieb damals Elisabeth Noelle-Neumann⁴), sprachen sich stets Mehrheiten der Bevölkerung gegen die neue Währung aus. Zwar waren die meisten Menschen durchaus bereit, das neue Geld zu akzeptieren, doch ohne jede Begeisterung. Im Oktober 1995 stellte das Allensbacher Institut zum ersten Mal die Frage „Wieviel Vertrauen hätten Sie zu einer gemeinsamen europäischen Währung?“ 22 Prozent antworteten, die hätten „sehr großes“ oder „großes Vertrauen“, 69 Prozent sagten „weniger Vertrauen“ oder „Kaum, gar kein Vertrauen.“⁵ In den darauffolgenden Jahren wurde die Frage nahezu jedes Jahr wiederholt. Die Antworten schwankten je nach der tagespolitischen Situation deutlich, doch abgesehen vom Januar 2002 sagte zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit, sie

1 Angela Merkel: Rede zur Verleihung des Internationalen Karlspreises an Premierminister Tusk, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2010/05/2010-05-13-karlspreis.layoutVariant=Druckansicht.html>.

2 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2010. Baden-Baden: Nomos 2011, S. 309-316. Dort S. 310-311.

3 Ebenda, S. 314-315.

4 Elisabeth Noelle-Neumann: Neujahr 2002. Nach der Einführung des Euro wechselt das Meinungsklima. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Januar 2002, S. 5.

5 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6022.

hätte „sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen in den Euro. Im Januar 2011 lagen die Werte mit 22 zu 68 Prozent fast exakt auf dem gleichen Niveau wie vor 16 Jahren.⁶

Das generelle Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Währungsunion ist vermutlich ein wesentlicher Grund dafür, dass sie auf Pläne, verschuldeten Mitgliedsländern unter die Arme zu greifen, mit großer Skepsis reagiert. Dies zeigen unter anderem die Antworten auf die Frage „Angela Merkel hat sich bei den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass dieser Rettungsschirm (für finanzschwache Euro-Länder) nur im absoluten Notfall und unter strengen Bedingungen in Anspruch genommen werden darf. Finden Sie die harte Haltung von Angela Merkel richtig, oder hätte sie sich kompromissbereiter zeigen sollen?“ 83 Prozent der Deutschen sagen heute, die harte Haltung sei richtig gewesen. Nur 6 Prozent meinen, die Bundeskanzlerin hätte sich kompromissbereiter zeigen sollen.

Auch darüber, dass die gegenwärtige finanzielle Lage mancher Euro-Länder nicht akzeptabel ist, herrscht weitgehend Einigkeit. 67 Prozent stimmten ebenfalls im Januar 2011 der Aussage zu „Die Schulden einiger Euro-Länder sind viel zu hoch. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Daran könnte der Euro scheitern.“ Nur 22 Prozent entschieden sich für die im Fragebogen angebotene Gegenposition, in der es hieß, das „Gerede vom Scheitern des Euro“ sei doch übertrieben, und andere Länder wie die Vereinigten Staaten oder Japan seien ebenfalls hoch verschuldet und stünden auch nicht besser da.

Doch sobald man sich der Frage zuwendet, mit welchen konkreten Maßnahmen der Krisensituation begegnet werden sollte, reagiert die Bevölkerung ratlos. Auf die Frage, ob es richtig gewesen sei, den so genannten Rettungsschirm für hochverschuldete Euro-Länder einzurichten, antworteten 35 Prozent, sie hielten die Entscheidung für richtig, 37 Prozent sagten, sie sei nicht richtig gewesen, nicht viel weniger, 28 Prozent blieben unentschieden. Ähnlich unklare Antworten erbrachte die Frage „Wäre es Ihrer Meinung nach für die Zukunft der Euro-Zone besser, wenn man hochverschuldete Länder wie z. B. Griechenland ausschließt, oder wäre das der falsche Weg?“ Man sollte die verschuldeten Länder besser ausschließen, meinten 36 Prozent, 40 Prozent hielten das für den falschen Weg, 24 Prozent waren unentschieden. Dieses Muster: Ein gutes Drittel der Bevölkerung spricht sich für eine vorgeschlagene These aus, ein weiteres Drittel dagegen und nicht viel weniger sind unentschieden, ist typisch für Themen, bei denen die Bürger sich keine feste Meinung gebildet haben. Es ist ein sicheres Zeichen für Orientierungslosigkeit, die die Bevölkerung gerade bei Fragen, die die Europäische Union betreffen, seit vielen Jahren immer wieder zeigt.⁷ Immerhin können sich die Deutschen zu einer einigermaßen deutlichen Ablehnung der Idee einer Teilung der Euro-Zone durchringen. Lediglich 22 Prozent sprachen sich im Januar 2011 dafür aus, 44 Prozent hielten das für keinen guten Vorschlag.⁸

Man bekommt den Eindruck, dass die Auswirkungen der Währungskrise auf das Ansehen des Euro letztlich begrenzt sind, weil die Menschen ohnehin nie besonders viele Hoffnungen mit der Gemeinschaftswährung verbunden hatten. Auch die in der politischen Diskussion verbreitete These, dass die europäische Einigung für Deutschland große ökonomische Vorteile brächte,⁹ hat die Bevölkerung nie wirklich überzeugt. Auf die Frage „Hat Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nach-

6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10066.

7 Vgl. z. B. Elisabeth Noelle-Neumann, Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1997/1998. Bonn: Europa Union Verlag 1998, S. 295-302. Dort S. 300-301.

8 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10066.

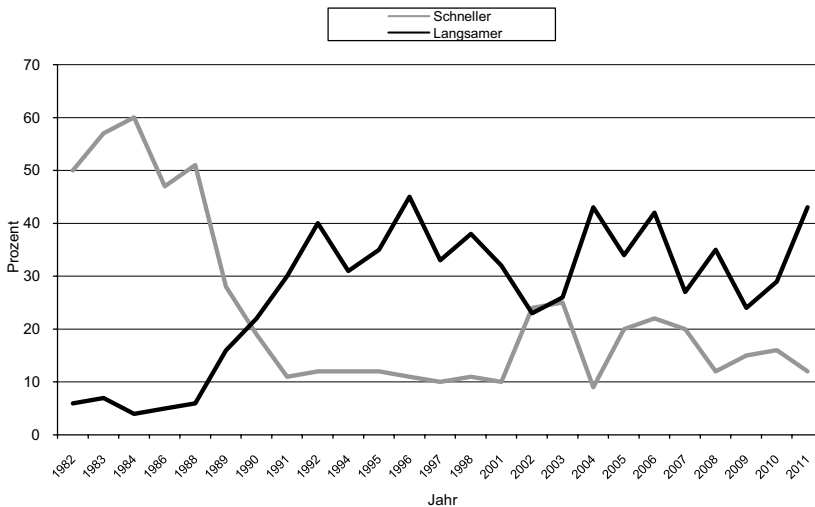
teile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?“ antworten heute 21 Prozent, ihrer Ansicht nach habe die Mitgliedschaft mehr Vorteile, 32 Prozent vermuten ein Übergewicht der Nachteile. Eine relative Mehrheit von 38 Prozent weicht auf die Antwort aus, die Vor- und Nachteile würden sich wohl ausgleichen.¹⁰ An diesen Antworten hat sich seit zwei Jahrzehnten – in Westdeutschland sogar seit 1979 – nichts Wesentliches geändert.¹¹

Vertrauensverlust gegenüber der EU

Viel dramatischer als auf die Einschätzung der ökonomischen Lage scheint sich die Euro-Krise dagegen auf die Beurteilung des politischen Ziels der europäischen Einigung auszuwirken. Bereits seit der Deutschen Einheit mehrten sich die Zeichen des Unbehagens der Bevölkerung am Integrationsprozess. Auf die Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein, schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“ antwortete die westdeutsche Bevölkerung von 1982, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, bis 1988 stets mit deutlichen Mehrheiten, sie wünschte sich schnellere Fortschritte. Doch mit der deutschen Einheit kippten die Werte: Seit 1990 überwiegt der Anteil derer, die sagen, es solle doch besser langsamer vorangehen. Heute vertreten in ganz Deutschland 12 Prozent die erste, 43 Prozent die zweite Position (Grafik 1).

Grafik 1: Wie schnell sollte Europa zusammenwachsen?

Frage: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinigten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“



Bis 1990 Westdeutschland, ab 1991 Gesamtdeutschland. An 100 fehlende Prozent: „Weiter wie bisher“ oder Unentschieden. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10066, Januar 2011.

9 Siehe etwa S. Blohme/S. Jungholt: Wir brauchen viel mehr Aufsicht in Europa! (Interview mit Hans-Dietrich Genscher) In: Bild.de vom 25.7.2011. <http://www.bild.de/politik/inland/hans-dietrich-genscher/wir-brauchen-viel-mehr-aufsicht-in-europa-19050094.bild.html>. Eine gute Übersicht über die ökonomischen Argumente bietet Andreas Busch: Der Euro als Vorteil und Nachteil für Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 43/2010, S. 26-32.

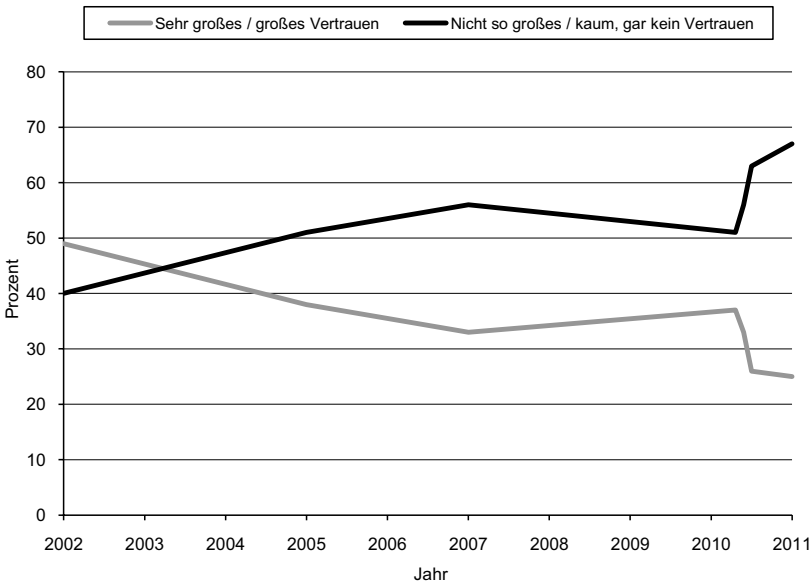
10 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10066.

11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 3046.

Der grundsätzlichen Europafreundlichkeit der Bevölkerung schien dies über lange Zeit aber nicht zu schaden. Stets reagierten die Befragten auf Fragen nach der allgemeinen Zustimmung zur europäischen Integration oder bei Assoziationstests zum Thema Europa gleichbleibend positiv.¹² Nun aber hat es den Anschein, als hätte die Finanzkrise die Geduld der Deutschen doch überstrapaziert. Während sich in den Tagen der Griechenland-Krise im Frühjahr 2010 das Urteil über den Euro lediglich im Rahmen des aus früheren Jahren Bekannten verschlechterte,¹³ fiel das Ansehen der Europäischen Union als Ganzes binnen kürzester Zeit auf einen Tiefststand. Auf die Frage „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union?“ hatte in den Jahren 2005 bis zum Frühjahr 2010 jeweils etwa die Hälfte der Befragten geantwortet, sie hätten ein „nicht so großes“ oder „kaum, gar kein Vertrauen.“ Ein Drittel brachte der Gemeinschaft „sehr großes“ oder „großes“ Vertrauen entgegen. Dann aber, im Verlauf von zwei Monaten, wuchs die Zahl derer, die wenig oder kein Vertrauen in die EU hatten, von 51 auf 63 Prozent. Der Anteil derjenigen, die der Union das Vertrauen aussprachen, ging von 37 auf 26 Prozent zurück. Auf diesem Niveau haben sich die Zahlen seitdem gehalten. Man gewinnt den Eindruck von einem Bergsturz, einem ruckartigen Substanzverlust, der nicht leicht wieder auszugleichen sein wird (Grafik 2).

Grafik 2: Das Vertrauen in die Europäische Union

Frage: „Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, nicht so großes Vertrauen, kaum, gar kein Vertrauen?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10066, Januar 2011.

12 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels: Jahrbuch der Europäischen Integration 2010. Baden-Baden: Nomos 2011, S. 309-316. Dort S. 316.

13 Ebenda, S. 312.

Gewachsenes Selbstbewusstsein

Diese Entwicklung fällt nun in eine Phase, in der die Deutschen mit einem Selbstbewusstsein auf ihre eigenes Land blicken wie seit mindestens eineinhalb Jahrzehnten nicht mehr. Über das veränderte Selbstbild der Deutschen ist in den letzten Jahren – vor allem seit der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006 – viel geschrieben worden. Es gibt viele Hinweise darauf, dass die Bevölkerung in den vergangenen zwei Jahrzehnten allmählich das Trauma des Dritten Reiches abgeschüttelt hat und sich zunehmend unbefangen zur eigenen nationalen Identität bekennt. Noch immer ist der Nationalstolz der Deutschen weniger ausgeprägt als der anderer Völker wie der Franzosen oder gar der Amerikaner, doch das Selbstbewusstsein ist in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gestiegen.¹⁴

Besonders deutlich erkennbar ist dies an der Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Seit dem Jahr 1977 stellt das Institut für Demoskopie Allensbach in seinen Bevölkerungsumfragen regelmäßig die Frage „Welches Land betrachten Sie als den besten Freund Deutschlands?“ Über Jahrzehnte hinweg antwortete stets etwa die Hälfte der Befragten, ihrer Ansicht nach seien die Vereinigten Staaten der beste Freund Deutschlands. Dies gilt auch für Zeiten politischer Differenzen zwischen beiden Ländern. Mit dem Beginn des zweiten Irak-Krieges im Jahr 2003, der von der deutschen Bevölkerung vehement abgelehnt wurde, brach dieses zuvor scheinbar unerschütterliche Vertrauen in die USA regelrecht in sich zusammen. Im Gegenzug wuchs der Anteil derjenigen, die Frankreich als den besten Freund Deutschlands betrachteten, auf bis zu 41 Prozent, doch nur für kurze Zeit. Heute liegt der Wert wieder bei 18 Prozent und damit fast auf dem aus früheren Jahrzehnten bekannten Niveau, ohne dass sich das Vertrauen in die Vereinigten Staaten wesentlich erholt hätte.¹⁵ Dabei hat sich die Grundeinstellung der meisten Deutschen gegenüber den USA im Verlauf des letzten Jahrzehnts gar nicht so dramatisch verändert. Auf die Frage „Glauben Sie, dass Amerika heute den guten Willen zur Zusammenarbeit mit uns hat?“ antworteten im Juli 2011 59 Prozent mit „Ja.“ An den guten Willen Frankreichs glaubten dagegen nur 51 Prozent. Der amerikanische Präsident ist sogar sehr beliebt. 68 Prozent der Deutschen sagten ebenfalls im Juli 2011, sie hätten von Barack Obama eine gute Meinung, nur 10 Prozent sagten „Keine gute Meinung.“¹⁶ Manche Irritationen, die während des Irak-Krieges vor acht Jahren aufgekommen waren, und die von vielen Deutschen an der Person des außerordentlich unpopulären damaligen Präsidenten Bush festgemacht worden waren, haben sich wieder gelegt. Und doch hat sich etwas Grundsätzliches verändert. Das Gefühl, es gebe mit den Vereinigten Staaten gleichsam einen großen Bruder, an den man sich anlehnen und auf den man sich unbedingt verlassen könne, scheint unwiederbringlich verloren zu sein, ohne dass es durch eine vergleichbare emotionale Bindung zu einer anderen Nation ersetzt worden wäre. Mehr als in früheren Jahren haben die Deutschen also den Eindruck, auf sich allein gestellt zu sein. Es ist, als wäre das Land erwachsen geworden.

Diese neue Art des Selbstbewusstseins der Deutschen spiegelt sich auch in ihrer Einstellung gegenüber den europäischen Partnern. Auf die Frage „Wie groß ist der Einfluss

14 Thomas Petersen: Zwischen Distanz und Akzeptanz. Nationalsymbole im Spiegel der öffentlichen Meinung. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Flagge zeigen? Die Deutschen und ihre Nationalsymbole*. Bielefeld: Kerber 2008, S. 53-59.

15 Vgl. Thomas Petersen: Eine Re-Nationalisierung des Denkens. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20. Juli 2011, S. 5.

16 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10075.

von Deutschland in Europa?“ antworteten im Sommer 2011 81 Prozent, er sei „sehr groß“ oder „groß“. Das ist der höchste Wert seit 1997, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde.¹⁷ Und auf die Frage „Hat das Gewicht Deutschlands in Europa in den letzten zehn Jahren zugenommen oder abgenommen, oder ist es gleichgeblieben?“ antworteten 58 Prozent, das Gewicht Deutschlands habe zugenommen. Auch dies ist ein Rekordwert.¹⁸

Ansätze eines wachsenden Isolationismus

Es lässt sich nicht leicht beweisen, doch es liegt nahe anzunehmen, dass die Überzeugung, Deutschland müsse als größte Volkswirtschaft Europas letztlich für die Schulden Griechenlands und der anderen Krisenstaaten in der Eurozone aufkommen, sowohl den Eindruck von einer großen Bedeutung Deutschlands in Europa befördert als auch das Gefühl, es sei besser, sich nach Möglichkeit aus solchen internationalen Verflechtungen herauszuhalten.

Deutlich ist jedenfalls, dass sich die leichte Tendenz der Deutschen zu einer isolationistischen Haltung, die bereits seit einigen Jahren erkennbar ist,¹⁹ in jüngster Zeit fortgesetzt hat. Das zeigen die Antworten auf eine Frage, bei der die Befragten gebeten wurden anzugeben, mit welchen Ländern der Welt Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten soll. Dass Deutschland mit den USA zusammenarbeiten sollte, meinten im Jahr 2000 77 Prozent der Deutschen, heute sind es 52 Prozent. Eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich befürworteten vor elf Jahren 69 Prozent der Bevölkerung, heute sind davon noch 55 Prozent übrig. Bei Japan ist ein Rückgang von 47 auf 31 Prozent zu verzeichnen, bei Großbritannien von 53 auf 36 Prozent.²⁰

Auch die Überzeugung, es sei notwendig, Deutschland in internationale Bündnisse einzubinden, scheint allmählich zu erodieren. Im Juli 2011 wurden die Befragten gebeten anzugeben, mit welchen Maßnahmen ihrer Ansicht nach am besten für Deutschlands Sicherheit gesorgt werden könne. Dass dies am besten durch die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO gesichert sei, meinten 59 Prozent der Deutschen, im Jahr 2005 waren es noch 66 Prozent. Eine stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU hielten vor 6 Jahren ebenfalls 66 Prozent für wichtig, heute sind es 63 Prozent. Eine Stärkung der Vereinten Nationen findet heute bei 46 Prozent der Befragten Zustimmung, sieben Prozent weniger als vor sechs Jahren. Die engen Beziehungen zu den USA hielten 2005 37 Prozent für besonders wichtig, heute sind es noch 32 Prozent.²¹ Keiner der Rückgänge ist dramatisch, keiner deutet auf ein grundlegend verändertes Weltbild der Bevölkerung, auf zu erwartende revolutionäre Veränderungen hin. Doch alle zeigen in die gleiche Richtung: Die Überzeugung, Deutschland benötige eine Einbettung in die internationale Gemeinschaft, verliert langsam, fast unmerklich an Gewicht.

Und dort, wo eine solche Einbettung noch am ehesten akzeptiert wird, wird die Europäische Union als nachrangiger Akteur wahrgenommen. Das deutlichste Beispiel hierfür ist das Feld der Verteidigungspolitik. Fragt man etwa die Bevölkerung, welches die wichtigsten Aufgaben der Bundeswehr seien, nennt eine große Mehrheit von 92 Prozent der

17 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 6047, 10075.

18 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10075.

19 Vgl. hierzu Elisabeth Noelle, Thomas Petersen: Ein Hauch von Isolationismus. Die Bürger sehen die EU-Ratspräsidentschaft verhalten zuversichtlich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.1.2007, S. 5.

20 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 6097, 10075.

21 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7045, 10075.

Befragten die Landesverteidigung. 82 Prozent verweisen auf den Einsatz bei Katastrophenfällen in Deutschland. Es folgen die Hilfe an NATO-Partner im Falle eines Angriffs (50 Prozent) und der Einsatz von Soldaten als UNO-Blauhelme (49 Prozent). Dass es die Aufgabe der Bundeswehr sei, sich an Einsätzen im Rahmen einer EU-Friedenstruppe zu beteiligen, meinen nur 44 Prozent. Dieser Punkt steht damit an siebter Stelle der Prioritäten, noch hinter dem Punkt „Wenn es zu einem Aufstand in unserem Land kommt“, also einer Aussage, die einen verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr zu politischen Zwecken im Innern beschreibt.²² Auf die Frage, mit welcher Politik die Sicherheit Deutschlands am besten gewährleistet sei, nannten im März 2005 zwar 66 Prozent der Befragten die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, ebenso viele, wie auf die Mitgliedschaft in der NATO verwiesen, doch die konkretere Aussage, zur Sicherheit Deutschlands sei ein eigenes EU-Verteidigungsbündnis mit eigener Armee notwendig, wählten nur 27 Prozent der Befragten aus.²³ Hier also steht nach wie vor die NATO und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Bevölkerung, und dies traf selbst im Jahr 2005 zu, als das Vertrauen der Deutschen in die Vereinigten Staaten außerordentlich gering war, und bevor die beschriebene Tendenz zu einer zunehmend isolationistischen Haltung erkennbar wurde.

Die Gefährdung des Europagedankens durch das Zusammenspiel vieler Faktoren

Fügt man alle diese Einzelbefunde mit bereits bekannten Entwicklungen aus den vergangenen Jahren zusammen, dann erkennt man eine Vielzahl von Faktoren, die die traditionell europafreundliche Haltung der deutschen Bevölkerung untergraben: Das sinkende Vertrauen in die europäischen Institutionen angesichts der Währungskrise, das wachsende Gefühl, international auf sich allein gestellt zu sein, der Partner aber auch nicht mehr unbedingt zu bedürfen, der zunehmende Eindruck, Europa sei als internationaler Akteur letztlich nachrangig – alles dies verbindet sich nun mit der seit Jahren immer wieder festgestellten wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber der Europäischen Einigung,²⁴ dem Unbehagen angesichts der konkreten Einigungsschritte²⁵ und der Entfremdung zwischen den europäischen Völkern und den Institutionen.²⁶ Hinzu kommen nun noch in der aktuellen Situation die bereits eingangs beschriebenen Abwehrreflexe, die sichtbar werden, wenn man die Deutschen danach fragt, wie sich die Bundesregierung in der europäischen Finanzkrise verhalten sollte.

Dies alles weist auf eine gefährliche Entwicklung hin, weniger auf der wirtschaftlichen Ebene, die derzeit die öffentliche Diskussion beherrscht, als auf der politischen. Es könnte sein, dass die Krise der Eurozone viel tiefer gehende Folgen hat als allgemein angenommen wird. Es ist möglich, dass mit ihr die Axt an die Wurzeln der Europäischen Einigung gelegt wird. Sie trägt nicht nur zur Schwächung des Ziels der europäischen Einheit bei, weil die volkswirtschaftliche Entwicklung in den Euro-Ländern zu finanziellen Problemen und sozialen Verwerfungen in der Union führen kann, sondern weil sie, zumindest in

22 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10055.

23 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7068.

24 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2008. Baden-Baden: Nomos 2009, S. 319-324.

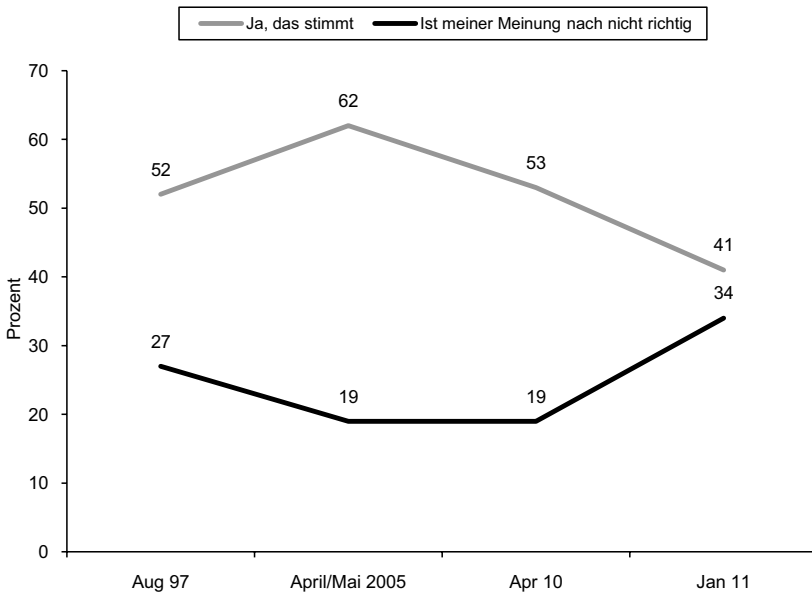
25 Ebenda, S. 321-322.

26 Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009. Baden-Baden: Nomos 2010, S. 189-196. Dort S. 189.

Deutschland, eine Re-Nationalisierung des Denkens in der Bevölkerung befördert und damit den Europagedanken gleichsam von innen aushöhlt. Die ersten Anzeichen scheinen bereits jetzt erkennbar zu sein: Zum ersten Mal leidet angesichts der aktuellen Krisendiskussion um Europa nicht nur das von der Tagespolitik geprägte Europabild der Bevölkerung, sondern auch die grundlegende Zustimmung zum Ziel der Europäischen Einigung, zu dem sich bisher immer noch eine Mehrheit der Bevölkerung bekannt hatte. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft.‘ Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?“ „Das stimmt“ sagten im April 2010 53 Prozent der Befragten, ein Dreivierteljahr später waren es noch 41 Prozent (Grafik 3).

Grafik 3: „Zukunft Europa“

Frage: „Wenn jemand sagt: ‚Europa ist unsere Zukunft.‘ Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt Nr. 10066, Januar 2011.